

Die Wirtschaft sagt (Nein zur extremen Ausstiegsinitiative)

17.10.2016

Auf einen Blick

Am 27. November stimmen wir über die Atomausstiegsinitiative der Grünen ab. Diese fordert eine chaotische Sofortabschaltung. Bereits 2017 müssten drei von fünf Kernkraftwerken stillgelegt werden. Die schädlichen Folgen für Bevölkerung und Unternehmen: weniger Versorgungssicherheit, mehr Auslandsabhängigkeit und hohe Kosten. Das kann sich die Schweiz nicht leisten.

Rund 60 Prozent des Schweizer Stromverbrauchs entfallen auf die Wirtschaft. Eine sichere Versorgung ist daher für unsere Unternehmen extrem wichtig. In den letzten Jahrzehnten war dies in der Schweiz stets gewährleistet – und zwar auf einem sehr hohen Niveau. Mit der Ausstiegsinitiative der Grünen – über die wir am 27. November abstimmen – gefährden wir diesen zentralen Standortfaktor. Schon 2017 müssten drei von fünf Kernkraftwerken überstürzt stillgelegt werden. Damit würden bereits im Winter des nächsten Jahres 15 Prozent des benötigten Stroms fehlen – dies entspricht dem Verbrauch von 1,6 Millionen Haushalten. Bis 2029 fallen gar 40 Prozent der inländischen Stromproduktion weg. Es ist völlig illusorisch anzunehmen, dass innert nur eines Jahres so gewaltige Produktionskapazitäten aus dem Boden gestampft werden können. Heute dauert es Jahre bis Jahrzehnte, bis neue Wasserkraftwerke oder Windturbinen ans Netz gehen.

Die logische Folge wären massiv höhere Stromimporte aus dem Ausland – notabene zumeist klimaschädlicher Kohlestrom. Für solche Experimente ist unser Stromnetz zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht bereit. Bereits im letzten Winter kam das Schweizer Stromnetz an seine Belastungsgrenze. Solche Szenarien dürfen nicht zur Normalität werden. Das kann sich der Werkplatz Schweiz nicht leisten. Soll der Umbau der Energieversorgung gelingen, ist die Anpassung des Schweizer Stromnetzes an die neuen Bedingungen von sehr hoher Bedeutung. Doch der Aus- und Umbau des Stromnetzes dauert wegen Einsparungen im Schnitt rund 15 Jahre.

NEIN zu Kosten in Milliardenhöhe

Schalten wir unsere Kernkraftwerke aus rein ideologischen Gründen vorzeitig ab, drohen zudem hohe Kosten, welche letztlich auf die Steuerzahlenden und Unternehmen abgewälzt werden: Entschädigungszahlungen an die Betreiber, ungedeckte Kosten für die Stilllegung und Entsorgung und massive Kosten für den vorzeitigen Neu- und Ausbau von Produktion und Netzen.

Das kann sich die Schweiz nicht leisten – eine neue Energiepolitik muss sorgfältig geplant und Schritt für Schritt eingeführt werden und darf nicht durch ideologisch-motivierte Kurzschlusshandlungen gefährdet werden. *economiesuisse* sagt deshalb gemeinsam mit einer breiten Allianz aus Bundesrat, Parlament, Kantonen und Wirtschaft dezidiert Nein zu dieser extremen Initiative.

Unterstützen auch Sie die

Kampagne

und folgen Sie ihr auf

Facebook